

12.34

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei dieser Debatte kann es nicht nur um den Brexit gehen und auch nicht um die unterstellte WählerInnenbeschimpfung, die so nicht stattfindet, nach der Volksabstimmung im United Kingdom. Es geht aber schon darum, was dort geschehen ist und was jetzt die Folgen sind, dort wie in der Union. Damit sind wir bei der Union: Da geht es auch um die Frage, welche Unionspolitik in den letzten Jahren und Jahrzehnten gemacht worden ist und wie es vielleicht oder tatsächlich anders sein soll. Drittens geht es auch um die Rolle Österreichs.

Jetzt nacheinander und mit Österreich beginnend: Also bei diesem Beispiel, auf das ich gleich noch einmal eingehen werde, vielleicht drastischer als die Vorrednerinnen und Vorredner, was den Brexit betrifft, da muss bei aller Kritik an der Union, den Organen der Union, der Verfasstheit der Union und vor allem der inhaltlichen Politik der Union – die auch meines Erachtens jetzt tendenziell da oder dort schon eher in die falsche als in die richtige Richtung geht – eines schon klar sein: Wir brauchen internationale Gemeinschaften, gerade auf dem europäischen Kontinent – so muss man jetzt schon bald sagen, vorläufig wieder einmal, für ein paar Jahrzehnte –; das brauchen wir. Und gäbe es keine Vergemeinschaftung, etwas Gemeinsames für Europa, auch institutionell, dann müsste man es erfinden – also wird das zu verbessern sein, was da ist.

Deshalb ist eines auch klar: Nix Öxit! Weil Sie (*in Richtung FPÖ*) sich da gerade so wegducken: Nix Öxit! (*Beifall bei den Grünen sowie bei Abgeordneten von SPÖ, ÖVP und NEOS.*)

Ansonsten: Kommen Sie herunter und erklären Sie das! Erklären Sie das! Da kann man wahrscheinlich einige Parallelen zu den Ereignissen im United Kingdom, im Vereinigten Königreich, finden, wie wir uns das dann vorzustellen hätten. Es geht eben genau nicht darum, dass man das, was dort abgestimmt wurde, nicht akzeptieren muss – ganz im Gegenteil! Es sind ja genau die, die die Hütte angezündet haben, die das jetzt überlassen und nicht weiterverhandeln wollen, weil sie nämlich nicht nur keinen Plan haben, weil sie nämlich noch nicht einmal eine Orientierung haben, außer die Hütte anzuzünden, sondern nur die blanke Hilflosigkeit, die in Wirklichkeit in die totale Verantwortungslosigkeit mündet. Und das ist das Bild, das hier gezeichnet wurde.

Eigentlich möchte man an ein Shakespeare-Drama denken, aber es ist leider die Wirklichkeit, und zwar nicht deswegen, weil eine demokratische Entscheidung

stattgefunden hat. – Ja, es muss möglich sein, dass man austritt! Das allein ist ja nicht das Problem, sondern wie es zustande gekommen ist, mit derartigen Argumenten und ohne Vorbereitung, und was übrig bleibt. Deshalb, glaube ich, kann man dem nur zustimmen, was Sie gesagt haben. Sie (*in Richtung Regierungsbank*) haben es ja sehr nobel ausgedrückt, das steht Ihnen ja auch gut an; also ich habe mir das, was hier referiert wurde, wirklich über weite Strecken nur zustimmend anhören können.

Man kann es aber schon auch deutlicher sagen, und vielleicht ist das ja vom Rednerpult aus, einen Meter vor der Regierungsbank, angezeigt: Das sind nicht nur irgendwelche, die sich da jetzt schleichen. Das sind auch nicht nur – es ist ja zitiert worden – die Oberratten, die das Schiff verlassen, nachdem es leckgeschlagen hat. (*Abg. Lugar: Also von Ratten ...!*) – Das war ein Zitat, das ist hier schon gebracht worden. (*Abg. Kickl: ... auch schon Ordnungsrufe ...!*) Aus meiner Sicht ist das zutreffende Bild nach wie vor das mit den Brandstiftern.

Es ist halt so in der Demokratie – die Rolle der Medien ist von Klubobfrau Glawischnig zu Recht schon erwähnt worden –, dass die vierte Säule oft auch nicht so gut funktioniert, wie man sich das erwarten würde, aber die Konsequenzen müssen jetzt alle tragen. Es wurde mit einer derartigen Argumentation und auch Hetze gearbeitet – die Fremdenfeindlichkeit hat ja dort auch eine massive Rolle gespielt, das ist ja nicht so, das ist ja bis zum Mobbing der Kinder gegangen, der Kinder der Polen oder von anderen, obwohl Großbritannien, das ist ja überhaupt das Absurde, von der Arbeitsmigration aus Polen zunächst volkswirtschaftlich massiv profitiert hat; aber darauf kommen wir noch zu sprechen. Der Grund dafür, dass die Leute so narrisch sind, ist ja der, dass die Gewinne eines gemeinsamen Wirtschaftens völlig schräg verteilt werden; das ist ja das Problem.

Zunächst noch einmal zum Bild: Es sind in dieser Argumentationskette die blanken Brandstifter unterwegs. Man hat sie ja schon gesehen, wie sie mit dem Benzinkanister herumspazieren und überall reinschütten, das Feuerzeug gezückt haben. Dann war kurz eine Pause, weil im Übrigen diese Hysterisierung und Hetzerei in Großbritannien auch zu einem politischen Mord geführt haben. Da haben alle geglaubt, dass es vielleicht doch nicht so arg wird – ich auch. Dann ist es aber doch so gekommen, denn die Zündhölzer sind geworfen worden – und flutsch!

Und jetzt kommt es: Jetzt sind sie weg, die anderen müssen den Brand löschen – da bin ich sehr dafür –, aber die sind weg! Die Szene ist noch da, das Bild: Da brennt die Bude, und daneben laufen sie weg.

Ich hätte gerne gewusst, was der Plan dieser Öxit-Befürworter ist, die sich das ja gar nicht mehr auszusprechen trauen; sie verweisen immer nur auf die Schweiz, ohne dazuzusagen, welche ökonomischen und historischen Unterschiede es gibt. Also davon ist nichts zu halten, das ist auch wegen aufgelegten Unsinn zurückzuweisen. Da würde ich eine andere Verantwortung einfordern. *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Man muss aber trotzdem hinschauen, was da geschehen ist. Ich stimme daher, und ich sage das auch ganz offen, mit zwei freiheitlichen Vorrednern überein in der Frage der Herangehensweise, dass man nämlich eines klar aussprechen muss, und das haben wir auch immer so gemacht: Die europäische Frage, das gemeinsame Europa ist nicht gleichzusetzen damit – das ist eine eigene Art von Demagogie –, was die Union gerade institutionell ausmacht, und schon gar nicht mit ihrer Politik. Das ist nicht das Gleiche!

Im Übrigen kann ich Sie beruhigen: Wir waren auch nicht dafür, dass man Österreich abschafft, nur weil sieben Jahre lang Schwarz-Blau regiert hat. Waren wir nicht! *(Heiterkeit bei den Grünen.)* Man muss sich eben um etwas anderes bemühen, wenn man etwas anderes will, das ist so in der Demokratie. *(Abg. Kickl: Sie haben sich ja auch um etwas anderes bemüht – am Beginn!)* Das gilt auch für die EU. Erstens geht es immer darum, wie wir dieses gemeinsame Gebäude der Europäischen Union konstruieren, und dann stellt sich immer noch die Frage, wer dort welche Politik macht. In der Demokratie ist es eben so, es muss dann den Linken, den Grünen und wem auch immer besser gelingen, die Leute dazu zu bewegen, halt eher in diese Richtung zu **wählen** – sowohl in den Nationalstaaten, denn dort gibt es ja auch die Parlamente und die Regierungen, die im Rat mitentscheiden, als auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Das ist an sich ein ganz normaler Vorgang, und das muss man einfach auseinanderklauben. Insofern gebe ich der Argumentation recht, dass es da einen großen Unterschied macht, wie sich eine Politik in Europa ausrichtet. Man kann deshalb nicht jede Kritik an der Union wegwischen, das geht nicht.

Man muss sich schon auch ansehen, welche Situation es in Großbritannien gab. Ich habe das vorher schon angedeutet: Viele sind auch auf der Seite der Verlierer, obwohl es dort eigentlich über Jahrzehnte einen Zugewinn gab. Da darf man sich dann nicht wundern! Nicht dass ich diese Sichtweise teilen würde, aber man sollte so viel Verständnis aufbringen und genau hinsehen, wer für diese Brandstifterargumente anfälliger ist als andere. Das ist doch die Frage, und schon aus diesem Grund muss dieses Ergebnis ein Auftrag sein, in Europa eine andere Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und im Übrigen auch ökologisch nachhaltige Politik zu machen – und das möglichst auf

demokratischer Basis, damit sie auch akzeptiert wird und besser vorangetrieben werden kann. Das sind die Aufgabenstellungen.

Wenn es jetzt so ist – und da springen wir von Großbritannien nach Kontinentaleuropa, da werden sie uns jetzt Gott sei Dank nicht mehr so viel blockieren, der schwimmende Extrawurststand driftet ein bisschen weg, das sollte uns jetzt auch nicht aufhalten –, dann müssen wir das nun durchziehen, obwohl sich jene, die es veranstaltet haben, jetzt möglichst viel Zeit lassen wollen. Gleichzeitig muss aber in Europa selbst die Konsequenz sein, dass man sich ansieht, wo die klassischen Schwachpunkte sind.

Es muss da, und das wurde ja ohnehin bereits immer wieder gesagt, fast sonntagsredenartig, wesentlich mehr geschehen. Es führt in die nächste Katastrophe, wenn es nicht gelingt, die Jugendarbeitslosigkeit in den klassischen – so muss man sie ja schon bald nennen – Ländern zu senken: in Spanien, zum Teil in Italien, vor allem in Griechenland. Das sind ja schon mehrere Jugendgenerationen, die da verloren gehen. Wo soll denn das enden? Wenn man da einfach stur bei der jetzigen wirtschaftspolitischen Linie bleibt, dann darf man sich nicht wundern, wenn das Projekt Europa im Sinne einer Union ständig weiter gefährdet ist.

Es gibt die Brandstifter, aber dieses Gebäude Europäische Union hat auch ohne die Brandstifter ein sehr hohes Gefahrenpotenzial der Selbstentzündung, weil ständig irgendwo die falschen Latten angenagelt werden – im Übrigen zum Teil aus ideologischer Verbohrtheit. Hellhörig gemacht hat mich da ein Satz, den der Herr Bundeskanzler gesprochen hat, nämlich, wenn ich ihn richtig wiedergeben kann: Da haben sich offensichtlich die Ideologen – mein Zusatz: die falschen Ideologen, vielleicht sogar Überzeugungstäter, soll sein – der Europäischen Union bemächtigt. Deshalb muss man eben für einen Richtungswechsel in der Politik der Europäischen Union werben, und dieser **muss** in Richtung der wirtschaftlichen Vernunft, der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit führen, die im Übrigen noch sehr viele Wirtschaftschancen bieten muss.

Wenn man die große Friedensprojektfrage heranzieht, auf die zu Recht immer verwiesen wird, die aber heute die Jungen nicht mehr so mitreißt, dann können wir auf ein tragisches Ereignis verweisen, das ich noch erlebt habe (*Präsident Kopf gibt das Glockenzeichen*) – ich bin schon beim Schluss, Herr Präsident –, wenn es diesbezüglich einen erkennbaren Nutzen der Union gibt, dann zeigt sich dieser an den Balkanländern: Wäre die Union vor 20, 30 Jahren dort schon quasi, im besten Sinn des Wortes, beheimatet gewesen, hätten wir nicht hunderttausend Tote vor der eigenen Tür gehabt. Die hätten wir nicht gehabt! Alles hat versagt! Die größte Schande am

Kontinent nach 1945 ist Srebrenica, und die Union hätte das verhindert. Hören Sie (*in Richtung FPÖ*) daher endlich auf mit Ihrem dauernden Europa-Bashing! (*Beifall bei den Grünen sowie des Abg. Scherak.* – *Abg. Neubauer: Na recht freundliche Worte haben Sie auch nicht gefunden, Herr Kollege!* – *Abg. Kogler, das Rednerpult verlassend: Ja, in jede Richtung!*)

12.45

Präsident Karlheinz Kopf: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Haubner. – Bitte.